

## Newsletter von Dr. Diether Dehm, MdB

Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

**Ein demokratisches Europa nur mit Demokratisierung  
der Ökonomie – gegen die Monopole**

11. April 2017

---

### **Dieser Newsletter behandelt**

- **meine Kandidatur zur Bundestagswahl im September 2017 auf der Landesliste der Partei DIE LINKE.Niedersachsen**
- **Rechtsextreme und Marktextreme**
- **die Situation des in der Türkei inhaftierten HDP-Parlamentsabgeordneten, İdris Baluken, und anderes zum Thema Türkei**
- **eine Intervention für die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland**
- **Europa und Russland**

\*\*\*

## **Der "Stern" schiebt meine Worte Sigmar Gabriel in den Mund**

Die Linken-Bundestagsfraktion hat Grund zum Feiern: Ihre Kernbotschaft einer künftig engen Zusammenarbeit mit echt-sozialdemokratischen SPD-Mitgliedern ist medial angekommen! So legte stern.de gestern ein wörtliches Zitat aus meiner Rede zur EU-Politik der Bundesregierung in den Mund des Bundesaußenministers. Und zwar sogar in der Schlagzeile: "Sigmar Gabriel: Brexit wäre mit Sozialstaatlichkeit niemals passiert!"

Der frühere SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte zwar eine der vorösterlichen Stimmung angemessen vom Amts-Eise befreite Rede gehalten, mit einigen Anknüpfungspunkten für die Linken, die dies dankend aufgriffen, aber so weit ging er denn doch nicht.

Deshalb hier nun zur Debatte zum EU-Austritt Großbritanniens in der Sitzung des Deutschen Bundestags vom 30. März 2017

### **"Wer Marktextreme nicht bändigt, produziert Rechtsextreme**

Die unsoziale und neoliberale Ausrichtung der EU, die vor allem die Handschrift von Merkel und Schäuble trägt, hat die rechten Scharfmacher stark gemacht. „Denn: Wer Marktextreme nicht bändigt, produziert Rechtsextreme. Nur wer BEIDE stoppt, hilft Europa auf die Beine, neu laufen lernen.

Mit einer sozialen EU wäre es nie zum Brexit gekommen!"

Die vollständige Rede hier: <http://www.diether-dehm.de/index.php/bundestag/1154-eu-debatte-im-bundestag-wer-marktextreme-nicht-baendigt-produziert-rechtsextreme>

\*\*\*

## Offener Brief linker Europapolitiker an "Pulse of Europe"

Seit einiger Zeit macht eine "neue Bürgerbewegung" (*Pulse of Europe*) Stimmung "FÜR EUROPA". Mal abgesehen davon, dass auch hier die Europäische Union gemeint ist, wenn "Europa" gesagt wird, das immer noch größer ist als die EU, lässt *Pulse of Europe* doch noch einige Chancen für einen Auswege aus der Krise der EU außer Acht. Mit einem offenen Brief haben sich deshalb vier Europapolitiker der LINKEN an die Initiatorinnen und Initiatoren der Demonstrationen unter dem Motto "Pulse of Europe" gewandt. Der Brief wurde von den Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko, Alexander Ulrich, sowie Fabio De Masi, der Mitglied des Europäischen Parlaments ist, und von mir unterzeichnet.

### Der Offene Brief in voller Länge:

Lieber Daniel Röder,

liebe Organisator/innen von "Pulse of Europe",

mit großem Interesse haben wir in den letzten Wochen die Kundgebungen des "Pulse of Europe" verfolgt. Wir teilen die Sorge um den Aufstieg rechter und faschistischer Kräfte und begrüßen, dass viele Menschen gegen diesen aktiv werden. Als LINKE kämpfen wir gegen den wachsenden Rassismus und chauvinistischen Nationalismus, der einzelne Nationen über andere zu stellen versucht.

Es ist offenkundig, dass sich die EU in einer historischen Krise befindet. Ihr Ausgang ist offen und hängt maßgeblich davon ab, wie die Eliten auf die Krise reagieren und wie viel Druck wir von unten aufbauen können. Die bislang skizzierten Lösungen, zum Beispiel im "Weißbuch" der EU-Kommission, stimmen uns allerdings wenig hoffnungsvoll.

In den letzten Wochen sind Tausende auf die Straße gegangen. Wir fragen uns jedoch, ob ein einfaches "Für die EU" die richtige Antwort auf die aktuelle Krise sein kann. Oder, um es mit Steffen Lehndorff und Klaus Pickshaus (Frankfurter Rundschau, 27. 2.) zu sagen: Müsste die EU nicht gerade verändert werden, damit sie überleben kann?

Wir möchten ein ernstgemeintes Gesprächsangebot an Sie richten und schlagen dafür zwei Themen vor, die in den zehn Thesen von "Pulse of Europe" nur am Rande aufgegriffen werden: Die Frage des Friedens und die der sozialen Gerechtigkeit.

Man kann sicherlich darüber streiten, ob die EU in erster Linie zur Sicherung des Friedens gegründet wurde, wie es in den Thesen heißt. Unabhängig davon ist Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU und mit Nicht-EU-Staaten ein hohes Gut. Krieg ist immer die Ultima Irratio (Willy Brandt). Aus diesem Grund sehen wir aber mit Sorge die Tendenzen zur Aufrüstung in der EU und zur Konfrontation mit Russland. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, die EU-Armee, die EU-"Verteidigungsunion" und das laute Nachdenken über eine "Atommacht EU" deuten für uns in die falsche Richtung. Wir möchten Sie von daher fragen: Wie stehen Sie zu diesen Entwicklungen auf europäischer Ebene, die insbesondere seit dem Wahlsieg Donald Trumps und dem Brexit-Referendum an Fahrt gewonnen haben?

Der zweite Aspekt ist die soziale Frage. In den letzten Jahren steigt die soziale Ungleichheit sowohl innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten als auch zwischen ihnen. Dies hat unseres Erachtens viel mit den vertraglichen Grundlagen der EU zu tun, die einseitig auf Wettbewerb setzen und soziale Rechte vernachlässigen. In den Thesen ist die Rede davon, dass Reformen notwendig sind. Welche groben Linien müssten diese Reformen Ihrer Meinung nach im sozialen Bereich haben, um der EU wieder mehr Legitimität zu verschaffen?

Wir würden uns freuen, über diese Fragen ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam zu einer breiten Bewegung für ein anderes, friedliches und soziales Europa zu streiten. Wir sind der Meinung, dass hierfür auch Proteste gegen die Fehler der EU nötig sind.

Mit freundlichen Grüßen

Berlin, 28.03.2017

\*\*\*

## **HDP-Abgeordneter des türkischen Parlaments, İdris Baluken, weiter in Haft**

Das zuständige Referat des Auswärtigen Amtes hat auf eine erneute Anfrage von mir reagiert und aktuelle Informationen zur Situation des stellvertretenden HDP-Fraktionsvorsitzenden İdris Baluken übermittelt. Ich habe für Baluken im Rahmen des Bundestagsprogramm "Parlamentarier schützen Parlamentarier" eine Patenschaft übernommen.

Insbesondere sollte meine Anfrage eine Erklärung liefern, wie es dazu kommen konnte, dass Baluken von einem Gericht zwischenzeitlich freigelassen worden war, aber kurz nach dessen Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel durch eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft erneut in Haft kam.

Das Parlaments- und Kabinettsreferat teilte nun mit, Herrn Baluken werde "vorgeworfen, Mitglied einer bewaffneten Terrororganisation zu sein und Propaganda für diese betrieben zu haben. Weitere Strafvorwürfe betreffen die 'Organisation verbotener Versammlungen' und die 'Gefährdung der territorialen Integrität des Staates'.

Nach Medienmeldungen hat die Staatsanwaltschaft in dem Verfahren erschwerte lebenslange Haft und zusätzlich eine Haftstrafe von 15 Jahren gefordert. Über HDP-Kontakte und Medien hören wir, dass Herr Baluken nach 87 Tagen Haft am 30. 1. 2017, also am ersten Verhandlungstag seines Verfahrens unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Die Staatsanwaltschaft legte gegen diesen richterlichen Beschluss jedoch Beschwerde ein, dem am 17. 2. stattgegeben wurde. Auf Grundlage des am 17. 2. erlassenen Haftbefehls wurde er am 21. 2. erneut festgenommen. Da sich Herr Baluken in der Zwischenzeit in Freiheit befand, konnte er u. a. an einer Besprechung der Bundeskanzlerin mit einer Reihe türkischer Oppositionsvertreter teilnehmen."

Weiter wird mitgeteilt, dass eine Beschwerde gegen die erneute Inhaftierung von Herrn Baluken durch dessen Rechtsanwalt "am 14. 3. vom zuständigen Strafgericht zurückgewiesen wurde. Am 16. 3. wurde Herr Baluken von einem Strafgericht hinsichtlich des Vorwurfs der 'Organisation verbotener Versammlungen' freigesprochen, der Staatsanwalt hatte aufgrund dieses Strafvorwurfs 3,5 Jahre Haft gefordert. Gegenwärtig befindet sich Herr Baluken im Gefängnis Kandira in der Stadt Kocaeli ..."

Dies war der Stand der Dinge am 23. März.

Zuvor thematisierte ich **Das Schweigen der Angela M.**

Nachdem Kanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch des türkischen Präsidenten Erdoğan Anfang Februar u.a. den erst kurz zuvor freigelassenen stellvertretenden Vorsitzenden der oppositionellen HDP-Fraktion, İdris Baluken, getroffen hatte, wurde Baluken nun erneut verhaftet.

Baluken war bereits vom 4. November 2016 bis 30. Januar 2017 in Haft. Ihm wird vorgeworfen, die Einheit und territoriale Integrität des Staates zu stören, Mitglied einer terroristischen Organisation zu sein und terroristische Propaganda verbreitet zu haben. Die Staatsanwaltschaft fordert erschwerte lebenslange Haft und zusätzlich bis zu 18 Jahre Haft.

Wenn Kanzlerin Merkel wirklich, wie türkische Medien meldeten, besonders um ein Treffen mit İdris Baluken gebeten hatte, dann fordere ich jetzt erst recht klare Worte an die türkische Regierung von ihr, dass er und alle anderen verhafteten Oppositionellen freigelassen werden und ihre demokratischen Rechte zugesichert bekommen.

Andernfalls kann ihr Schweigen nur als Zeichen ihrer Erpressbarkeit durch den schäbigen EU-Türkei-Deal gewertet werden.

Weitere Information: <http://demokratiehintergittern.blogspot.de/2017/02/21/hdp-abgeordneter-idris-baluken-erneut-verhaftet/>

## **Erdoğan's Spitzel sofort ausweisen!**

Das Land Niedersachsen setzt die Verhandlungen über einen Islam-Vertrag aus, der Rechte und Pflichten von Muslimen regeln soll. Die Verhandlungen sollen erst in der nächsten Legislaturperiode wieder aufgenommen werden. Darauf einigten sich die Vertreter der Landesregierung mit dem Vorsitzenden des Ditib-Landesverbandes, Yilmaz Kilic. Dazu habe ich am 20. Januar folgende Erklärung für die Presse abgegeben:

Der türkische Verband Ditib hat sich klar als eine Organisation entlarvt, die kritische Türiinnen und Türken bedrohen und an der Kommunikation hindern möchte. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Organisation in froher Legalität operiert, während gleichzeitig die PKK auf der Terrorliste geblieben ist.

Ich erinnere an unsere Adventsveranstaltung im Bundestag am 15. Dezember 2016 mit Dieter Hallervorden und Prof. Dr. Norbert Lammert, wo auf die rechtsextreme und antidemokratische Position Erdoğan's hingewiesen wurde und auf die Freilassung der HDP-Abgeordneten, Gewerkschafterinnen, Künstler und vieler anderer gedungen worden war. Hier müssen Taten folgen. Wer aus dem Rekrutierungsbereich der *Grauen Wölfe* und anderer rechtsextremer und islamistischer Organisationen Demokratinnen und Demokraten nötigt und ausspioniert, hat demokratische Rechte, ungehindert in Freiheit hier zu operieren, verwirkt.

\*\*\*

Hier schließlich der **Appell für eine schnelle Freilassung von Deniz Yücel** vom 24. Februar, den ich mit unterzeichnet habe. Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben diese Initiative über die Fraktionsgrenzen hinweg ergriffen:

[http://www.diether-dehm.de/images/stories/2017/Brief\\_MdB\\_Y%C3%BCcel.pdf](http://www.diether-dehm.de/images/stories/2017/Brief_MdB_Y%C3%BCcel.pdf)

\*\*\*

22. März

## **Hunko und Dehm fordern deutsche Absage beim internationalen Songcontest in Kiew**

Nach der scheußlichen Ausgrenzung der russischen Songcontest-Teilnehmerin, der gelähmten Julia Samoilowa, durch die ukrainische Rechtsregierung fordern die beiden linken Europapolitiker Andrej Hunko und Dr. Diether Dehm (der auch als Songautor schon an der Deutschen Ausscheidung beteiligt war), diese Entscheidung zurückzuweisen, zur Rücknahme zu treiben oder andernfalls von deutscher Seite die Beteiligung abzusagen.

\*\*\*

Gemeinsam hat unsere Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag eine parlamentarische Anfrage zu einem dubiosen Verein Volkshilfe e.V. gestellt:

17. März

## **Rechtsextreme Bestrebungen des Vereins Volkshilfe e.V.**

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Matthias W. Birkwald, Dr. Diether Dehm, Inge Höger, Andrej Hunko, Petra Pau, Martina Renner, Kersten Steinke, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE. (Deutscher Bundestag - 18. Wahlperiode)

Der seit April 2015 in Osnabrück eingetragene Verein Volkshilfe e.V. stellt sich nach außen hin als rein karitative Vereinigung dar. "Wir helfen da, wo Politik aufhört", lautet das Motto des Vereins, der nach eigenen Angaben unter anderem Tauschbörsen für alte Kleidung und Spielsachen und Spendensammlungen für Obdachlose und Weihnachtssammlungen für bedürftige Familien organisiert. "Die Volkshilfe hat es sich zum Ziel gesetzt, dem deutschen Volke das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder beizubringen, welches es in der heutigen Ellenbogengesellschaft leider verloren hat", heißt es in einem Werbeflyer des Vereins, der nach eigenen Angaben dazu beitragen will, die "Schere zwischen Arm und Reich in unserem Volke wieder enger zusammenzuführen" (zit. nach LOTTA <https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/online/hilfe-nur-f-r-landsleute>). Im Januar 2016 verteilten Aktivisten der Volkshilfe e.V. an Bahnhöfen Reizgasdosen an allein reisende deutsche Frauen zum Schutz vor vermeintlich drohenden Übergriffen durch Migranten (<https://www.bnr.de/category/stichworte/volkshilfe-ev>).

Der niedersächsische Verfassungsschutz beobachtet Volkshilfe e.V. seit Juli 2015 im Rahmen einer Verdachtsfallbearbeitung. Nach Angaben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom Februar 2016 setzt sich der Verein, der rund 30 Mitglieder haben soll, überwiegend aus ehemaligen Angehörigen der Autonomen Nationalisten Wallenhorst (ANW) zusammen. Zu den Vorstandsmitgliedern sowie weiteren bei der Gründungsversammlung anwesenden Personen liegen demnach staatschutzpolizeiliche Erkenntnisse aus dem Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität-rechts vor ([http://www.mi.niedersachsen.de/aktuelles/presse\\_informationen/beantwortung-der-muendl-anfrage-der-gruenen-zum-osnabruecker-verein-volkshilfe-ev-141089.html](http://www.mi.niedersachsen.de/aktuelles/presse_informationen/beantwortung-der-muendl-anfrage-der-gruenen-zum-osnabruecker-verein-volkshilfe-ev-141089.html)).

Erster Vorsitzender des Vereins ist der vormalig in Münster wohnhafte Neonazi-Aktivist Achim Kemper, der zuvor bei den "Nationalen Sozialisten Münster" (NaSoMs) aktiv war. Auch die anderen aus dem Raum Osnabrück kommenden Vorstandsmitglieder der Volkshilfe e.V. entstammen dem neonazistischen Milieu. Die oberflächlich karitative Ausrichtung des Vereins sei Teil einer rechten Graswurzelstrategie, bei der vermittels vermeintlich sozialer Betätigung an der gesellschaftlichen Basis versucht werde, Kontakt zu Bevölkerungsteilen zu knüpfen, die sich von politischen Parteien oder Organisationen nicht angesprochen fühlen, heißt es dazu in der antifaschistischen Zeitschrift LOTTA. Denn die angebotene Hilfe nur für deutsche "Landsleute" gründet sich auf Ausschluss und Ausgrenzung anhand völkisch-nationalistischer Kriterien. (<https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/online/hilfe-nur-f-r-landsleute>).

Die Volkshilfe e.V. gibt auf Handzetteln an, über fünf Ortsgruppen in Osnabrück, dem Ruhrgebiet, Leer, Hagen und Gütersloh zu verfügen ([http://www.nw.de/lokal/kreis\\_quetersloh/quetersloh/quetersloh/21687093\\_Rechter-Verein-verteilt-Handzettel-in-Guetersloh.html](http://www.nw.de/lokal/kreis_quetersloh/quetersloh/quetersloh/21687093_Rechter-Verein-verteilt-Handzettel-in-Guetersloh.html)).

\*\*\*

Während der Debatte im Deutschen Bundestag zu dem von unserer Fraktion gestellten Antrag, die Managergehälter wirksam zu begrenzen, ergab sich für mich die Notwendigkeit einer Kurzintervention zum Diskussionsbeitrag eines Abgeordneten aus der CDU/CSU-Fraktion:

Am 17. Februar im Bundestag:

## Den Fall Hohmann-Dennhardt nicht der Mitbestimmung in die Schuhe schieben

Herr Kollege Gutting, Sie hätten meine Zwischenfrage zulassen sollen; denn ich bin genauso wie Sie entsetzt über den Vorgang Hohmann-Dennhardt, weil ich Frau Hohmann-Dennhardt als viel klügere und anständigere Person einmal kennengelernt habe. Das muss man einmal sagen: Sie war als Verfassungsrichterin wirklich ein Gewinn. Als sie diesen Quatsch mitgemacht hat, hat sie ihrer Biografie sehr geschadet.

Ich will Ihnen aber eines nicht durchgehen lassen, nämlich dass Sie diesen Vorfall mit einem Spin auf die Mitbestimmung lenken. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Dass es die Mitbestimmung in Deutschland gibt – die gibt es übrigens in viel zu kleinem Ausmaß –, ist in vielen Fällen, gerade im Bereich der Finanzwirtschaft, bei den Sparkassen, ein Segen gewesen – nicht immer, auch da gibt es Fehlentscheidungen.

Ich will Ihnen nur sagen: In der Deutschen Bank gibt es keine Mitbestimmung, und dort waren es nicht die Mitbestimmungsorgane, die Transparenz möglich und schließlich auch die kritische Öffentlichkeit mobilisiert haben, sondern es war die Staatsanwaltschaft, die mehrfach einrücken musste, für Dinge, die im Zusammenhang mit dem Namen "Deutsche Bank" wirklich unerträglich sind. Tun Sie uns deshalb einen Gefallen – ich glaube, auch für die Sozialdemokraten und einen Teil der Grünen mitsprechen zu können –,

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Nein!)

und versuchen Sie nicht, die Mitbestimmung und die Transparenz infrage zu stellen. Die Arbeitnehmerbank muss in Deutschland gestärkt werden, die Willkür der Aktionäre ist schon viel zu groß.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

<http://www.diether-dehm.de/index.php/bundestag/1145-den-fall-hohmann-dennhardt-nicht-der-mitbestimmung-in-die-schuhe-schieben>

\*\*\*

7. Februar

## Berliner Politik reaktiviert altdeutschen Russenhass

In einem Interview mit [Sputnik](#) habe ich auf die Widersprüchlichkeit der Sanktionspolitik gegen Moskau hingewiesen: "Mein Eindruck ist, dass die deutsche Politik hier von einem großen Widerspruch getragen ist. Ein Großteil der Konzerne und mittelständischen Betriebe wollen aus wohl erwogenen ökonomischen Interessen eine Verbesserung (der Beziehungen zu Russland) und wollen die Sanktionen nicht mehr."

Für eine russische Desinformationskampagne konnten die deutschen Geheimdienste auch nach einjähriger Suche keine Belege vorlegen, wie erst jüngst Medien wieder mitteilten. Mir scheint, dass das ganze Thema überhaupt eine aufgebauschte und nicht haltbare Vermutung ist.

"Zunächst einmal traue ich deutschen Geheimdiensten weder so noch so über den Weg. Ich würde jetzt meine Auffassung nicht ausdrücklich auf die Ergebnisse der deutschen Geheimdienste stützen. Ich war ja von Anfang an der Meinung (...), dass das nicht russischen Ursprungs ist ..." Das ganze Thema ist "eine aufgebauschte, durch meine persönliche Erkenntnis als Abgeordneter nicht haltbare Vermutung".

Da es Kräfte in Deutschland gibt, die glauben, man könnte mit Sanktionen Unruhe in die russische Politik treiben, ist es wichtig, dass "die Friedenskräfte wissen, welcher altdeutsche

Anti-Russismus, welcher altdeutsche Russenhass im Ersten Weltkrieg gegen Russland gerichtet war, und zwar mit dem Satz 'Jeder Schuss — ein Russ', der in der deutschen Folklore mindestens mitschwingt". "Wir wollen mit Russland keinen neuen Krieg und die NATO muss daran gehindert werden, ihre aggressiven Interessen dort durchzusetzen".

Derweil ist von der Leyen nach Litauen gereist, um die NATO-Kampfbataillone an der Grenze zu Russland zu besuchen, die dort in revanchistischer Manier unter deutscher Führung stationiert worden sind.

*Der Text in Anführungszeichen ist wörtlich aus dem Interview zitiert.*

*Das gesamte Radiointerview kann unter folgendem Linke angehört werden:*

<https://soundcloud.com/sputnik-de/wir-wollen-keinen-neuen-krieg-mit-russland-mdb-dehm-uber-beziehungen-zu-moskau>

\*\*\*

## **Strafanzeige wegen Höcke-Rede in Dresden**

Einen Tag nach Björn Höckes Rede habe ich gegen ihn, den Landesvorsitzenden der AfD in Thüringen, Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt, nachdem Höcke am 17. Januar 2017 in einer Rede vor der "Jungen Alternative Dresden" u. a. das Holocaust-Mahnmal als "Denkmal der Schande im Herzen der Hauptstadt" bezeichnete:

*"Am Tag der traurigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts [gegen ein NPD-Verbot/Anmerkung der Redaktion] zeigt Höcke, offensichtlich ermuntert, wo Geschichtsrevisionisten und rechtsextreme Chauvinisten ihr neues Zuhause finden sollen: Bei der AfD. Es war schon immer der rhetorische Trick der Rechtsextremen, mit nationalistischem Brimborium davon abzulenken, dass sie Lohnrücker und Steuersenker sind, die nur das objektive Wohl der Konzernspitzen vertreten, die sie am Ende auch immer finanziert haben.*

*Dafür kann der Appell an die niederträchtigsten Ressentiments im jeweiligen Volk gar nicht reißerisch genug sein, um, wie bei der AfD, den neoliberalen Kern blutig zu kostümieren."*

Wie ich Interview mit Sputnik sagte: "Mit chauvinistischem Sprüche-Klopfen versucht die AfD, rebellisch zu wirken" ... "Im Kern, wenn es um Löhne und Arbeiterrechte geht, ist die AfD eine Partei der Eliten". Das vollständige Interview im Audioformat findet sich hier: <https://de.sputniknews.com/politik/20170119314184778-hoecke-dehm-afd/>

Das NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen ein NPD-Verbot habe ich so kommentiert:

## **Ein schwarzer Tag für den demokratischen Rechtsstaat**

Natürlich heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes klar, dass faschistische Organisationen in Deutschland verboten sind. Nach wie vor sahen deutsche Gerichte keinen Anlass, das immer noch geltende KPD-Verbot und die Berufsverbote aufzuheben.

DIE LINKE wird weiterhin für Artikel 139 GG und die Zerstörung faschistischer Demagogie in Staat und Köpfen kämpfen und dagegen, dass dafür auch noch Steuergelder an V-Leute aus diesem Spektrum fließen.

8. März

## **Einstellung des Verfahrens gegen Höcke: Dehm behält sich rechtliche Schritte gegen Staatsanwaltschaft Dresden vor**

"Nur mit großem Unverständnis kann ich die Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens gegen Björn Höcke wegen Volksverhetzung kommentieren", so der Bundestagsabgeordnete Dr. Diether Dehm, DIE LINKE, anlässlich der Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Björn Höcke wegen Volksverhetzung durch die Staatsanwaltschaft Dresden.

Begründet wird die Einstellung des Verfahrens u. a. damit, dass "dem Beschuldigten eine im Sinne § 130 Abs. 3 und 4 StGB strafrechtlich relevante Äußerung jedenfalls nicht nachgewiesen werden" könne. Es komme nicht darauf an, dass die mit der Rede erkennbare Position des Beschuldigten von den Opfern der NS-Herrschaft und deren Angehörigen subjektiv auch als Verhöhnung und Verunglimpfung verstanden werden könne. Sondern, "Maßgeblich ist weder die subjektive Absicht des Äußernden, noch das subjektive Verständnis des von der Äußerung Betroffenen, sondern der Sinn, den die Rede dem Verständnis eines unvoreingenommenen verständigen Publikums objektiv hat; dabei war stets auch vom Wortlaut der Äußerungen auszugehen." [Siehe oben: Dehm hatte am 18. Januar 2017 Strafanzeige gegen den Landesvorsitzenden der AfD-Thüringen erstattet.] Dehm dazu weiter:

"Hierzu verweise ich ausdrücklich auf den Artikel von Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* (<http://www.sueddeutsche.de/politik/hoecke-und-co-braun-gefaehrlich-strafbar-1.3341803>), der auch die Staatsanwaltschaft an ihre originären Pflichten gemahnt. Diese Entscheidung werde ich nicht einfach hinnehmen, gegebenenfalls sogar rechtliche Schritte gegen die Staatsanwaltschaft Dresden einleiten, zumal diese in Fällen wie dem 'NSU', der 'Gruppe Freital' oder im Fall des Jugendpfarrers König eine eher zweifelhafte Rolle gespielt hat."

\*\*\*

11. Januar

## **Verschwörungs-Theorie? Jedenfalls Verbindungs-Praxis! - BGH gibt ZDF-Sendung "Die Anstalt" Recht**

Am gestrigen 10. Januar verwarf der Bundesgerichtshof die Klage der "ZEIT", die solche Aussagen in der ZDF-"Anstalt" verbieten lassen wollte, die Verbindungen der "ZEIT"-Spitze zu kriegsorientierten Lobbyisten sowie Geheimorganisationen aufgeführt hatten. Dies Urteil ist nun ein Etappensieg für Meinungsfreiheit, investigative Satire, aber auch für die Macher dieser kostbaren ZDF-Sendung\*.

Auch die lesenswert kritische "ZEIT" wird fürderhin mit weiteren kritischen Vorbehalten ihrer eigenen LeserInnen zu rechnen haben. Bereits 1998 hatte Erich Schmidt-Eenboom auf die Verbindungen des Geheimdienstes BND zur Spitze der "ZEIT" und anderen linksliberalen Medien hingewiesen\*\*. Auch damals klagte "DIE ZEIT" vergeblich. Das Totschlagargument "Verschwörungstheorie" dürfte in Zukunft nun noch weniger wahllos verwendbar sein.

---

\* Als "Die Anstalt" am 11. 03. 2014 die faschistische Durchsetzung des Maidan-Aufstands aufgedeckt und einen rosagrünlichen Aufschrei losgetreten hatte, schrieb ich für Reiner Kröhnert (als Angela Merkel) die Parodie unter dem satirischen Titel "Verbietet die Anstalt!" (<https://weltnetz.tv/video/534-ukraine-skandal-im-zdf-verbietet-die-anstalt>) auf weltnetz.tv, mit vielen hunderttausend Zugriffen. Kurz darauf gab es diverse Forderungen ans ZDF, die Sendung abzusetzen. Satire ist der Realität oft näher als Ausgewogenheit.

\*\* Undercover. Wie der BND die deutschen Medien steuert (1998, Kiepenheuer)

\*\*\*



2. Februar

## **Die LINKE. Niedersachsen hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2017 aufgestellt!**

Die letzten Monate waren für uns Kandidatinnen und Kandidaten und sicherlich auch für viele Delegierte nervenzehrend.

Auch wenn ich jetzt voller Dankbarkeit bin: Immer wenn ich vor meinem inneren Auge Herbert auf dem Parteitag sehe, ist da ein Schmerz.

Die, die guten antiimperialistischen Willens sind, werden jetzt gemeinsam Gräben überbrücken, mit Sahra und Dietmar Gemeinsamkeiten aufbauen und so in einen Wahlkampf gehen, in dem BRD-historisch zum ersten Mal eine so starke, extreme Rechte unsere Geschlossenheit, unser Talent und unseren Fleiß derart herausfordert.

Bei der **Kandidatenvorstellung beim Kreisverband Hannover** habe ich zur Kandidatur für Platz eins der Landesliste Niedersachsen der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahlen 2017 diese Rede gehalten: <http://www.diether-dehm.de/index.php/bundestag/1138-kandidatenvorstellung-diether-dehm-beim-kreisverband-hannover>

Und dies war zuvor:

## Meine Bewerbung für die Landesliste Niedersachsen

Ich bewerbe mich um Platz eins auf der Landesliste Niedersachsen zur Bundestagswahl 2017 und bitte um eure Unterstützung.

Mit meinem Freund und alten antiimperialistischen Kampfgefährten Wolfgang Gehrcke gemeinsam habe ich vergangenen November in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Rundschau* Grundsätze für „Dem Morgenrot entgegen“ entwickelt, die auch ein rot-rot-grünes parlamentarisches Bündnis auf Bundesebene behandeln.

Zentral ist, dass die Linke versteht, dass sie nicht mit einer Addition von Minderheitenthemen die notwendigen großen Veränderungen bewirken kann, vielmehr das Problem der aufgespaltenen Mehrheiten erkennt. "Rechten Sicherheitsverheißungen setzen wir nicht alleine den Beistand schutzbedürftiger Minderheiten entgegen, sondern solidarische Sicherheiten für die allermeisten".

Die jahrelange neoliberale ideologische Hegemonie, die darauf beruhte, kulturell und modern "politisch korrekt" links zu blinken, aber vor den sozialen und ökonomischen Fragen rechts abzubiegen, vor der wachsenden Macht der Monopole zu kuschen und die riesigen Einkommensunterschiede hinzunehmen, kann überwunden werden. Sie muss überwunden werden, weil eine mögliche rot-rot-grüne Regierung nach zwei Jahren bereits gestürzt und die Hoffnungen der Menschen auf lange enttäuscht würden. Mit den denkbar katastrophalsten Folgen seit den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Demokratie muss heute zuvorderst als Demokratisierung von Ökonomie und Finanzmacht buchstabiert werden. Nicht nur darin bin ich mir mit unseren Spitzenkandidaten Sahra und Dietmar einig. Mit der NATO gibt es weder eine Koalition noch Frieden.

Dem gilt meine Kulturarbeit in großen Hallen wie auf kleinen Marktplätzen, die ich wieder in vollem Umfang einbringen werde. Ein Konzept für "Zwei Wahlkämpfe aus einem Guss" (Bundestags- und Landtagswahl) werde ich auch dem nächsten Landesparteitag vorlegen.

Mit großer Freude möchte ich die **Unterstützung von Wolfgang Gehrcke für meine Bewerbung** zur Kenntnis geben:

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

*ich möchte nicht lange um den heißen Brei herumreden – ich schreibe diesen Brief, um bei euch für eine Unterstützung der Kandidatur von Diether Dehm für den Platz 1 der Landesliste Niedersachsen zu werben. Vielen Genossinnen und Genossen, die für den Bundestag kandidieren, sage ich: Habt Verständnis für meine Entscheidung, die ich auch begründen will.*

*Diether hat viel Mut für Widerspruch in der Gesellschaft und im Innenleben unserer Partei. Das hört sich jetzt komisch an, aber oftmals ist es leichter, in der Gesellschaft zu widersprechen, Kontrapositionen zu beziehen, als in der eigenen Partei. Beides ist aber notwendig. Vergangenes Wochenende fand der Parteitag der Europäischen Linken in Berlin statt. Auf diesem Parteitag wurde die Leitung der EL neu gewählt. Die Europäische Linke ist mir sehr nahe, sehr wichtig – wenn ihr wollt, so etwas wie ein Baby, das ich mit anderen gemeinsam auf die Welt gebracht habe. Nicht nur deshalb sollten wir sensibel damit umgehen. Plötzlich, im Rahmen dieses Kongresses, bei der Neuwahl der Parteispitze tauchte zur völligen Überraschung der deutschen Delegierten der Vorschlag auf, dass nicht, wie es sich gehört, die Einzelfunktionen (Vorsitzende/r und vier Stellvertreter/innen) in Einzelwahlen abgestimmt werden sollen, sondern namens des Rates der Parteivorsitzenden wurde vorgeschlagen, diese fünf Posten in einer Blockabstimmung zur "Wahl" zu stellen. Zwei Minuten Bedenkzeit und lähmendes Entsetzen bei mir und wohl auch bei der Mehrheit der deutschen Delegation. Diether, unser Delegationsleiter, ging ans Mikrofon und hat unseren Widerspruch formuliert und vorgetragen, klar und eindeutig. Und ehrlich, ich war*

froh, dass er es gemacht hat. Hätte er das nicht getan, hätte ich das auf mich nehmen müssen. Schon wieder die beklemmende Situation, dass ein normaler Widerspruch gegen ein prinzipiell undemokratisches Verfahren Zivilcourage abfordert. Diether hat die Zivilcourage aufgebracht, fast die Hälfte der Delegierten (47 % zu 49 % bei 4 % Enthaltungen) überzeugt, gegen diesen Vorschlag zu stimmen, und, wenn man es so will, auch die Ehre des Parteitages der Europäischen Linken gerettet. Auch deshalb, ob des Widerspruchsgeistes nach innen und außen, braucht die neue Fraktion Diether und auch deshalb möchte ich ihn gern an der Spitze der Landesliste Niedersachsen sehen. Ich gehe davon aus, dass wir auch in der neuen Fraktion Mut brauchen werden, "das auszusprechen, was ist" (Rosa Luxemburg).

Dieses offene und zugespitzte Aussprechen geschieht gegen die Macht der Kriegsprofiteure, der Deutschen Bank und der Rentenprivatisierer und hat Diether folgerichtig stets heftige Schläge von rechts eingebracht. Aber gerade darum haben ihn viele Mitglieder an der Basis, aber auch Sahra, Sevim, Heike und ich eindringlich gebeten, noch einmal zu kandidieren. Es ist eben nicht nur der einzelne Beschluss, sondern auch zuweilen die einzelne Persönlichkeit, die im politischen Kampf den entscheidenden Ausschlag gibt.

Ich habe vor einigen Wochen der Zeitung DIE ZEIT ein Interview gegeben. Das war eine ganze Seite in der ZEIT ohne Reklameeinsprengsel. Was DIE ZEIT gereizt hat, war die Feststellung, dass ich womöglich der einzige Kommunist im Bundestag sei. Ich bin der LINKEN dankbar, dass sie auch uns umstrittenen, oft auch illegalisierten Menschen, eine neue Heimat angeboten hat. Kommunistische Ideen hat Deutschland bitter nötig, in Europa und weltweit. Nicht in diesem komischen heimattümlichen Sinne, sondern in dem Sinne, dass wir über eine bessere Welt nachdenken, debattieren und dafür kämpfen.

Das ist für mich auch ein Vermächtnis von Fidel Castro. Er war Revolutionär der Tat und nicht der Sonntagsreden. Er wünschte sich am Ende seines Lebens, dass keine einzige Straße, noch Plätze, Institutionen seinen Namen tragen sollen und ihm keine Denkmäler errichtet werden. Dieses Maß an Bescheidenheit fehlt uns oft. Bescheidenheit und Entschlossenheit wünsche ich mir für DIE LINKE, auch für einen Wahlkampf, in dem wir mehr anbieten, als schick, modern, political correct, happy zu sein. Ich habe ja nichts dagegen, dass die LINKE schick und modern ist, aber schick und modern, das ist vor allem die Frage nach moralischen Qualitäten. Es wird keiner bestreiten, dass mein Weggefährte Diether schick und modern ist. Aber vor allen Dingen ist er konsequent, öffentlich wirkungsvoll und aufrichtig. Bei Diether bin ich mir sicher, dass er keinem deutschen Auslandseinsatz zustimmen wird. Für den Preis einer Regierungsbeteiligung hätte er nur eine gelassene Ablehnung. Er ist der Architekt einer scharf kritischen Europapolitik, von der Oppermann sagt, mit dieser Kritik an den EU-Verträgen gäbe es keine gemeinsame Bundesregierung.

Sahra, Diether, Andrej, Sevim, ich und andere haben, nach anfänglichen Niederlagen, kürzlich auf dem Magdeburger Parteitag schlussendlich die Formulierung durchgesetzt, dass die EU "neoliberal, undemokratisch und militaristisch" ist. Auf dieser Grundlage ist auch die AfD zu schlagen!

Die Partei muss eine Partei der Benachteiligten der Gesellschaft sein, sie muss die Courage zum Nein haben, wenn Angebote gemacht werden, welche die revolutionäre Ausstrahlung zerstören. Ich habe aber zuweilen den Eindruck, dass revolutionäre Klugheit, Mobilisierungskraft und Vertrautheit – und das ist nicht Blauäugigkeit – dabei ist, aus der LINKEN auszuwandern. Diether und ich, wir wollen, dass das Aufbegehren, im Gegensatz dazu, viel mehr wieder in unsere Partei zurückkehrt. Das ist eine Frage nach der Haltung und der Entschlossenheit. Auch des Charakters, der Ausstrahlung, der Hilfsbereitschaft und des Geschicks – alles Gründe für mich, Diethers Kandidatur zu unterstützen. Das bedeutet nicht, dass andere nicht ebenfalls Charakter, Ausstrahlung, Vertrautheit aufweisen, aber wer Diether kennenlernt, wird ihn nicht so schnell vergessen. Kenntlich zu sein, das brauchen wir an der Spitze unserer Listen.

In Kuba haben mich viele Genossen der kubanischen KP gefragt: "Sag mal Wolfgang, warum seid ihr nicht kritischer oder ablehnender zur Europäischen Union? Ihr seht doch, der Laden geht nach unten. Ihr seht doch, dass es keine Kooperation der Freiheit ist. Da braucht ihr nur mal hinzuschauen. Ihr müsst euch mit den Schwächeren verbünden, das macht euch stark und internationalistisch."

Sehr aufgewühlt hat mich, dass in letzter Zeit sehr viele von uns gegangen sind, denen ich sehr verbunden war. Ich denke an Herbert Schui, Frank Pharao, Gerhard Zwerenz. Ich

*trauere um Gisela May. Ich höre ihre Stimme. Ohne Kunst und Kultur, ohne Wissenschaft, ohne das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz wird es keinen tiefgehenden politischen Sieg der Linken in Deutschland geben.*

*Diether Dehm ist der Verfechter von Kunst und Kunstsinnigkeit nicht nur in der Partei DIE LINKE, sondern in der Bevölkerung und in der Linken im Allgemeinen. Das ist die Tradition, Strategie und Taktik von Antonio Gramsci. In Kuba riefen die Menschen auf der Straße: "Wo ist Fidel?" und antworteten: "Ich bin Fidel!" Großes darf man nicht verspielen, aber wir wissen, das kann man von Bertolt Brecht lernen, "das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine". Diether hat mir immer wieder Brecht nahe gebracht. Vielleicht habe ich nicht immer gut genug hingehört oder sicher auch mal darüber gewitzelt. Aber ein Genosse, der liest, der Lieder schreibt, der Bücher verfasst, prominente und wichtige Künstler für die Friedensbewegung und die Linken gewinnt, ist nicht zu ersetzen. So etwas haben wir zu wenig in unserer Partei und ihrer linken Umgebung.*

*Ich habe mich entschieden, nicht erneut zu kandidieren. Mit 73 kann man sich so entscheiden. Aber ich trage diesen Entschluss ruhiger, wenn ich weiß, der Internationalismus der LINKEN hat mit Diether einen starken Verfechter im Bundestag. Und der Platz 1 der niedersächsischen Landesliste bringt die Partei erfolgreich in den Wahlkampf. Das wiederum ist wichtig und gut für niedersächsische Genossinnen und Genossen. Mit Diether wird die Liste ein starkes Team. Diether, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch werden im Bundestag dem deutschen Kapital auch in der "zu deutschen" EU Grenzen setzen. Ich bitte um eure Solidarität, eure Kritik und eure Unterstützung.*

*Ich wünsche Euch erholsame Feiertage zum Durchatmen. Und bei Einwänden oder Ermutigungen für meine Zeilen schreibt oder ruft mich an. Oder ladet mich ein. Da ist mir kein Weg zu weit.*

*Solidarische Grüße,  
Wolfgang Gehrcke*

\*\*\*

Danke für das Interesse und dann:

Bis zum nächsten newsletter!

Ihr/Euer Diether Dehm

---

Lest und stärkt alternative Medien !

[Weltnetz.tv](#)

[NachDenkSeiten](#)

[Rationalgalerie](#)

## Impressum

Dr. Diether Dehm MdB

MdB-Büro von Dr. Diether Dehm  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: (030) 22773085

Telefax: (030) 22776087

E-Mail: [diether.dehm@bundestag.de](mailto:diether.dehm@bundestag.de)

[www.diether-dehm.de](http://www.diether-dehm.de)

---

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie sich [hier](#) abmelden.